

744968



Landgericht Dresden

Zivilabteilung

Aktenzeichen: **3 S 597/14**
Amtsgericht Dippoldiswalde, 1 C 411/14

Verkündet am: 13.04.2015

Urkundsbeamter/in der Geschäftsstelle

IM NAMEN DES VOLKES

ENDURTEIL

-
In dem Rechtsstreit

xxx

- Klägerin und Berufungsklägerin -

Prozessbevollmächtigte:

xxx

gegen

xxx

- Beklagte und Berufungsbeklagte -

Prozessbevollmächtigte:

xxx

wegen Forderung

-

hat die 3. Zivilkammer des Landgerichts Dresden durch

Richter am Landgericht Maier als Einzelrichter

auf Grund der mündlichen Verhandlung vom 16.03.2015 am 13.04.2015

für Recht erkannt:

I. Auf die Berufung der Klägerin wird das Urteil des Amtsgerichts Dippoldiswalde vom 12.09.2014 -1 C 411/14- wie folgt abgeändert:

1. Die Beklagte wird verurteilt, an die Klägerin 1.525,93 € nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem jeweils gültigen Basiszinssatz seit dem 27.6.2014 zu zahlen.

2. Die Beklagte wird verurteilt, an die Klägerin 215 € vorgerichtlich entstandene Anwaltskosten zu zahlen.

3. Im übrigen wird die Klage abgewiesen.

II. Die weitergehende Berufung der Klägerin wird zurückgewiesen.

III. Von den Kosten des Rechtsstreits in erster Instanz haben die Beklagte 92% und die Klägerin 8% zu tragen. Von den Kosten des Rechtsstreits in zweiter Instanz haben die Beklagte 85% und die Klägerin 15% zu tragen.

IV. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

V. Die Revision wird nicht zugelassen.

Gründe:

I.

Von der Darstellung eines Tatbestandes wird gemäß § 540 Abs. 2 ZPO i.V.m. § 313a ZPO abgesehen.

II.

Die Berufung der Klägerin ist form- und fristgerecht eingelegt und begründet worden. Sie ist zulässig und hat in der Sache Erfolg.

Streitig ist, ob und in welchem Umfang die Klägerin aus abgetretenem Recht restliche Mietwagenkosten von der Beklagten zur Zahlung beanspruchen kann.

Hierzu ist zunächst zu bemerken, dass die Klägerin aktivlegitimiert ist. Es mag sein, dass nicht ganz klar den Unterlagen zu entnehmen ist, wer eigentlich der Mieter des Ersatzfahrzeuges war, die Geschädigte oder ihr Ehemann. Wie aber bereits das Amtsgericht in der angefochtenen Entscheidung zu Recht ausgeführt hat, war die Beklagte hinsichtlich der Mietwagenkosten in eine Teilerfüllung eingetreten, indem sie nach Prüfung unter Hinweis auf die Fraunhofer-Liste 814,10 € bezahlt hat und dies mit einem Abrechnungsschreiben vom 11.6.2013 verband (Anlage K 9, Bl. 83 d.A.). Dem Abrechnungsschreiben kommt die Bedeutung eines deklaratorischen Anerkenntnisses zu. Denn dessen Übersendung kann unter Beachtung des Empfängerhorizonts eindeutig nur dahin verstanden werden, dass sich die Beklagte bezüglich ihrer Ersatzverpflichtung in der Weise bewusst festgelegt hat, dass die Haftungsfrage hinsichtlich der genannten Schadensposition abschließend in der Weise geklärt werden sollte und sie mithin insoweit keine Einwendungen mehr erheben wollte, die ihr zu dieser Zeit bekannt waren oder mit denen sie zumindest rechnen musste (BGH NJW 1973, 39; OLG Frankfurt, Beschluss vom 15.08.2008 -19 U 153/08-).

Aus diesem Grund muss auch nicht, wie dies in der mündlichen Verhandlung vom Beklagtenvertreter erörtert, in die Beweisaufnahme eingetreten werden, um aufzuklären, wer Mieter des Ersatzfahrzeuges war.

1. Ausgangspunkt der Überlegung bei der Bemessung der Mietwagenkosten ist §249 Abs. 2 BGB. Danach kann im Falle der Beschädigung einer Sache statt der Herstellung der erforderliche Geldbetrag beansprucht werden.

Nach gefestigter Rechtsprechung des BGH (BGH VersR 2013/730; BGH, Urteil vom 12. Oktober 2004 - VI ZR 151/03, BGHZ 160, 377, 383; vom 19. April 2005 - VI ZR 37/04, BGHZ 163, 19, 22 f.; vom 19. Januar 2010 - VI ZR 112/09, VersR 2010, 494 Rn. 5; vom 2. Februar 2010 - VI ZR 139/08, VersR 2010, 545 Rn. 10 und - VI ZR 7/09, VersR 2010, 683 Rn. 8; vom 9. März 2010 - VI ZR 6/09, VersR 2010, 1053 Rn. 8) kann der Geschädigte vom Schädiger und dessen Haftpflichtversicherer nach §249 Abs. 2 Satz 1 BGB als erforderlichen Herstellungsaufwand nur den Ersatz derjenigen Mietwagenkosten verlangen, die ein verständiger, wirtschaftlich denkender Mensch in der Lage des Geschädigten für zweckmäßig und notwendig halten darf. Der Geschädigte ist hierbei nach dem aus dem Grundsatz der Erforderlichkeit hergeleiteten Wirtschaftlichkeitsgebot gehalten, im Rahmen des ihm Zumutbaren von mehreren möglichen den wirtschaftlicheren Weg der Schadensbehebung zu wählen. Das bedeutet, dass er von mehreren auf dem örtlich relevanten Markt - nicht nur für Unfallgeschädigte - erhältlichen Tarifen für die Anmietung

eines vergleichbaren Ersatzfahrzeugs (innerhalb eines gewissen Rahmens) grundsätzlich nur den günstigeren Mietpreis als zur Herstellung objektiv erforderlich ersetzt verlangen kann. Der Geschädigte verstößt allerdings noch nicht allein deshalb gegen das Wirtschaftlichkeitsgebot, weil er ein Kfz zu einem Unfallersatztarif anmietet, der gegenüber dem Normaltarif teurer ist, soweit die Besonderheiten dieses Tarifs mit Rücksicht auf die Unfallsituation (etwa die Vorfinanzierung, das Risiko eines Ausfalls mit der Ersatzforderung wegen falscher Bewertung der Anteile am Unfallgeschehen durch den Kunden oder das Mietwagenunternehmen u.Ä.) allgemein einen gegenüber dem Normaltarif höheren Preis rechtfertigen, weil sie auf Leistungen des Vermieters beruhen, die durch die besondere Unfallsituation veranlasst und infolgedessen zur Schadensbehebung nach §249 Abs. 2 Satz 1 BGB erforderlich sind. Inwieweit dies der Fall ist, hat der bei der Schadensberechnung nach §287 ZPO besonders frei gestellte Tatrichter zu schätzen, wobei unter Umständen auch ein pauschaler Zuschlag auf den "Normaltarif" in Betracht kommt (BGH vom 19. Januar 2010 - VI ZR 112/09; vom 2. Februar 2010 - VI ZR 7/09, ; vom 9. März 2010 - VI ZR 6/09, aaO; vom 12. April 2011 - VI ZR 300/09, VersR 2011, 769 Rn. 18; vom 18. Dezember 2012 - VI ZR 316/11).

2. Bei der Anmietung eines Ersatzwagens ist der Geschädigte nicht dazu verpflichtet, in eine umfängliche Marktanalyse einzusteigen. Es genügt, wenn er sich im Groben ins Bild setzt und kritisch hinterfragt, ob der Mietpreis als angemessen erscheint. Im konkreten Fall bedeutet dies, dass eine umfangreiche Internetrecherche vor Anmietung des Fahrzeuges durch die Geschädigte nicht gefordert werden kann, so dass es auch als ausreichend anzusehen ist, wenn beispielsweise die jeweils aktuelle Schwacke-Liste, die nach der Rechtsprechung des BGH ein geeignetes Mittel zur Schätzung der Mietwagenkosten darstellt, zur Hand genommen wird und man sich über die gängigen Mietwagenpreise über diesen Weg informiert. Denn wenn die Schwacke-Liste als taugliches Schätzungsmittel für die Gerichte angesehen wird, dann muss dies auch ein taugliches Preisermittlungsinstrument für den Geschädigten bei Anmietung eines Ersatzwagens sein. Hätte die Geschädigte im vorliegenden Fall dies getan, so wäre ihr aufgefallen, dass die dann später in Rechnung gestellten Mietwagenkosten den Mittelwert der jeweils gültigen Schwacke-Liste überschritten hätten. Danach wären bei 2 Wochentariifen der Klasse 8 einschließlich Haftungsreduzierung und einem Einzeltag mit Haftungsbefreiung insgesamt 2.172 € brutto (Modus) herausgekommen (Rechnung Schriftsatz vom 14.11.2014, Seite 6, Bl. 114 d.A.). Abgerechnet wurde gemäß Mietwagenrechnung (Anlage K 7, Bl. 51 d.A.) 2.600,03 € brutto. Damit wurde die Schwacke-Liste um 19,7 % % überschritten. Dies ist aber unschädlich.

Das OLG Dresden vertritt hierzu nämlich in mittlerweile gefestigter Rechtsprechung die

Auffassung, dass dem Geschädigten erst dann ein beachtliches Missverhältnis, das Anlass für weitere Recherchen gibt, aufdrängen muss, wenn der maßgebliche Tarif der Schwacke-Liste um mindestens 50% überschritten worden ist (OLG Dresden, Urteil vom 31.7.2013 -7 U 1952/12; Urteil vom 18.12.2013 -7 U 606/13; Urteil vom 26.3.2014 -7 U 110/13 -Stichwort **Autoholding**). Die 3. Zivilkammer hat sich dieser Rechtsprechung angeschlossen (LG Dresden Entscheidungen beispielhaft: 3 S 627/13, 3 S 200/14, 3 O 3153/12, 3 S 206/14, 3 S 145/14, 3 S 252/14, 3 S 480/14, 3 S 458/14).

Eine Überschreitung um über 50% liegt hier nicht vor. Wegen der noch im Toleranzbereich befindlichen Überschreitung des Mittelwerts hätten hier keine Erkundigungspflichten mehr bestanden. Ob eine Not- oder Eiltsituation vorlag, bei der ohnehin die Erkundigungspflicht in nur reduzierten Maße besteht, kann hierbei sogar dahin gestellt bleiben.

Damit ist der Rechnungsbetrag ersatzfähig.

3. Der übliche 10%-ige Abschlag an Eigensparnis für die Anmietung eines klassengleichen Fahrzeuges ist hier in Abzug zu bringen, weil das beschädigte Fahrzeug der Klasse 8, das angemietete Fahrzeug ebenfalls der Klasse 8 zuzuordnen ist (dazu BGH Urteil vom 17. März 1970 - VI ZR 108/68, VersR 1970, 547; vom 2. März 1982 - VI ZR 35/80, VersR 1982, 548, 549).

Daraus ergibt sich folgende Rechnung:

| | | |
|-------------------|-------------------|------------|
| Rechnungsbetrag : | 2.600,03 € | |
| abzüglich 10% | | 2.340,03 € |
| gezahlt: | 814,10 € | |
| ergibt: | <u>1.525,93 €</u> | |

Nebenentscheidungen:

Die Entscheidung zu den Zinsen ergibt sich aus den Verzugsvorschriften. Der Klägerin steht als Ersatz der notwendigen Kosten der Rechtsverfolgung wegen der Beauftragung eines Rechtsanwalts ein Betrag in Höhe von 215 € (brutto) zu (aus Streitwert 1.525,93 €, Gebührenquote 1,3 , Gebühr netto: 195€, Pauschale 20 €, insgesamt 215 €, Gebühren ab August 2013). Diesen Betrag kann sie zur Zahlung beanspruchen.

Die Kostenentscheidung beruht auf den § 91 ZPO.

Die vorläufige Vollstreckbarkeit hat ihre Rechtsgrundlage in den §§ 708 Nr. 10, 713 ZPO.

Die Revision wird nicht zugelassen, weil die Voraussetzungen des § 543 Abs. 2 ZPO nicht erfüllt sind. Die mittlerweile ständige Rechtsprechung des OLG Dresden wird bezogen auf die Mietwagenkosten lediglich auf diesen Fall hin angewandt.

Maier
Richter am Landgericht